

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

warum halten wir den Antrag der SPD für wichtig?  
Politische Rhetorik bewegte sich jahrzehntelang in moderaten Bahnen. Das hat sich geändert, leider auch in Wermelskirchen.

Seit Trump und dem zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer Parteien wie der AfD / hat sich die politische Sprache grundlegend gewandelt. Wir erleben das Aufkommen einer brutalen, rüden, und unzivilisierten Sprache die jeden Demokraten ärgern muss.

Es geht hier nicht darum ob diese Sprache justiziabel ist.  
Sie ist es in den seltensten Fällen.

Es geht um Anstand, Ehrlichkeit und Respekt, und auch um den Schutz der Meinungsfreiheit.

Lassen Sie uns erst über Anstand und Ehrlichkeit reden:  
Anstand ist eine Haltung und eine Kombination aus Umgangsformen und Überzeugungen.  
Ein wahrlich positiver bürgerlicher Wert.  
Anstand ist eine Art „sozialer Klebstoff, der eine Gesellschaft zusammenhält.

Ähnlich verhält es sich mit Ehrlichkeit.  
Ein Wert der zu Recht von den Bürgern unseres Landes gegenüber der Politik und den Politikern gefordert wird.

Beides sind bürgerliche Werte, die gerne und oft speziell von den Parteien und Politikern zitiert werden, denen es genau an diesen Werten zu mangeln scheint.

Schauen wir doch mal in die digitale Welt der Wermelskirchener Parteien, z.B. bei Facebook.  
Dort finden wir, soweit diese Parteien dort vertreten sind, bei CDU, SPD, Büfo, FDP, und den Grünen weder Beleidigungen noch FakeNews, und schon gar keine Hetz- oder Hassbotschaften.

Die digitalen Äußerungen bei AfD und WNK/UWG zeichnen sich leider häufig durch Abwesenheit dieser bürgerlichen Werte aus.

Da wird diffamiert, diskreditiert und FakeNews veröffentlicht.  
Dort lesen wir von Messer-Metzlern, syrischen Schwertmördern,

Ökofaschisten, Gesinnungsterror, einer kriminellen Kanzlerin, und weiteren Inhalten die sich sonst noch auf dem Markt der intellektuellen Unredlichkeit tummeln.

Viele Bürgerinnen und Bürger schreckt eine solche rabiante und stillose Rhetorik ab.

Wobei wir beim Thema Meinungsfreiheit angelangt sind:

Wer polemisieren und spalten will, wer keine sachlichen Argumente mehr hat, wer dem Bürger unwahre Behauptungen serviert, der erklärt reflexhaft die Forderung nach sprachlichem Anstand zur Moralkeule mit der man ihn um seine Meinungsfreiheit bringen will.

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut und kontroverse Meinungen sind elementarer Treibstoff der Demokratie.

Wer aber Meinungsfreiheit ausnutzt um durch Wutreden, Hasspolemik und FakeNews seine politische Agenda durchzusetzen, der ist mitverantwortlich für einen schleichenden Prozess der Antidemokratisierung und Radikalisierung in unserer Gesellschaft.

Meinungsfreiheit wird durch ein solches Handeln gradezu pervertiert, da andere Meinungen nicht nur abgelehnt werden, das ist das Recht eines jeden, Nein, Sie werden einfach durch Verzerrungen und Unwahrheiten diskreditiert, und andere Menschen durch Verunglimpfungen, Hass und Hetze mundtot gemacht.

Seitdem AfD und Rechtsextremisten das Netz in eine Fäkaliengrube verwandelt haben, ist die Meinungsfreiheit in Gefahr wie nie zuvor.

Es geht nämlich darum den Gegner nicht mit Meinungen zu stellen, sondern ihn emotional anzugreifen, einzuschüchtern und in die Knie zu zwingen.

Ursache dafür sind mächtige Algorithmen in den sozialen Medien die dafür sorgen, das je stärker ein Beitrag emotional aufgeladen ist, desto häufiger wird er weiterverbreitet, da negative Kommentare einzelne User motivieren, sich zu äußern.

Den Menschen die diese Sueden an Hass und Hetze kritisieren wird dann „Zensur“ oder Einschränkung der Meinungsfreiheit entgegengerufen.

Um Meinungsfreiheit weiter für alle gewährleisten zu können, sollte es unser Ziel sein, der Welle von Hass, Hetze, Niedertracht und Einschüchterung, in der die freie Meinungsäußerung zu versinken

droht, etwas entgegenzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die tägliche Dosis an Lügen und Provokationen vergifteten schleichend das Klima und spalten unser Land. Wir sollten uns als Kommunalpolitiker davon nicht anstecken lassen.

Es steht in unserer Verantwortung als kommunale Mandatsträger gegenüber der Gesellschaft und den Bürgern unserer Stadt, dagegen Stellung zu beziehen.

Wir alle müssen uns fragen: Möchten wir in Zukunft hier im Rat auch Szenen wie wir Sie seit Einzug der AfD in einigen Landesparlamenten und sogar im Bundestag erleben? Beleidigungen, Lügen, Schmutzkampagnen in bisher nie gehörter Art und Weise?

Viele Bürger verstehen überhaupt nicht, was es an kommunikativen Geboten und anständigen Umgangsformen auszusetzen gibt.

Auf Minderheiten herumzutrampeeln, mit Lügen zu provozieren, politische Gegner zu diffamieren oder Hetze zu betreiben, das ist keine Freiheit, sondern eine Frechheit.

Lassen Sie uns zusammen eintreten für einen sachlichen und konstruktiven Umgang miteinander im analogen- wie auch im digitalen Leben. Es wird höchste Zeit.